

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BSS/031(V)/12			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 13.03.2012	Altes Rathaus Hansesaal	16:30 Uhr	18:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 21.02.12
- 4 Abstimmung zum Modellprojekt "Verzicht auf Festlegung von Schulbezirken"
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN - Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen BE: Dez. V/02 DS0488/11
- 5.1.1 Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN - Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen DS0488/11/1
- 6 Informationen
- 6.1 Berichterstattung zur Umsetzung Bildungs- und Teilhabepaket I0029/12
- 7 Anträge
- 7.1 Haushaltsplan 2012 - Haushaltssatzung 2012 - Ergebnis- und Finanzplan 2012 - mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2012 - 2015 - Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne 2012 - Stellenplan 2012 DS0455/11/34
- 7.1.1 Schulen am Westring S0046/12
- 7.2 Jugend-Stadt(teil)plan A0183/11
- 7.2.1 Jugend-Stadt(teil)plan S0031/12
- 8 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Burkhard Lischka

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Ursula Biedermann

Stadtrat Bernd Heynemann

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadträtin Dr. Rosemarie Hein

Stadtrat Olaf Meister

Hans, Torsten, i. V. für SR Grünewald

Beratende Mitglieder

Stadträtin Carola Schumann

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Dr. Joachim Köhler

Sachk. Einwohner Hans-Joachim Mewes

Geschäftsführung

Frau Sylvia Grützner

abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Mario Grünewald

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Michael Stage

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses BSS mit 5 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.
Ab 16.35 Uhr sind 6 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend und ab 17.00 Uhr ist die vollständige Beschlussfähigkeit mit 7 SR'n/SR hergestellt.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig und unverändert angenommen.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 21.02.12

Stadträtin Schumann bittet um eine Ergänzung in der Niederschrift zu TOP 6.1: Raumsituation an der IGS „W. Brandt“, Bezug: ÄA DS0455/11/34 sowie Interfraktionelle Anfrage F0206/11 und Stellungnahme der Verwaltung S0315/11.

Die Niederschrift wird durch folgenden Vermerk ergänzt:

„Mit allen Beteiligten wurde der Vorschlag zur Aufstellung eines Containers auf dem Schulgelände diskutiert. Durch die Containervariante würde eine Entspannung der Raumsituation für die Schulen am Westring erreicht werden.“

Abstimmungsergebnis zur Niederschrift vom 21.02.12 einschließlich Ergänzung: **4 : 0 : 1**

4. Abstimmung zum Modellprojekt "Verzicht auf Festlegung von Schulbezirken"

Der Bg IV, Herr Dr. Koch, erläutert einleitend die Situation, die sich mit Umsetzung des Modellprojektes – Verzicht auf Festlegung von Schulbezirken – für die Stadt ergibt. Er gibt den Inhalt eines Schreibens des Kultusministers an den OB vom 05.03.12 zur Öffnung von Schulbezirken in der Stadt MD zur Kenntnis (s. Anlage zur Niederschrift).

Zur Ausschusssitzung sind Schulleiterinnen und Schulleiter der fünf Grundschulen des Bereiches Stadtfeld eingeladen, die gemäß ÄA DS0454/11/2 am Modellprojekt teilnehmen sollen.

Der Einladung sind Frau Haase (GS Am Westernplan), Herr Schöppl (GS Annastraße), Frau Strickrodt (GS Am Westring) und Frau Behrends (GS Am Glacis) gefolgt.
Die Schulleiterin der GS Stormstraße ist nicht anwesend.

Die Schulleiterinnen und der Schulleiter legen den Ausschussmitgliedern die jeweiligen räumlichen Bedingungen, möglichen Schüleraufnahmekapazitäten, Ausrichtungen und Besonderheiten der Schule dar, wie Förderung bei Lese-Rechtschreib-Schwäche oder Begabtenförderung.

Die Schulleiter geben zu bedenken, dass Regelungen zu treffen sind für evtl. durchzuführende Losverfahren, z. B. Geschwisteraufnahmen, Umgang mit von den Familien gestellten Ausnahmeanträgen. Zu klären ist auch das Problem der Raumsituation bezüglich der Umsetzung der Schuleingangsphase oder auch der Aufnahme von Kindern für die vorschulische Betreuung an der Schule.

Stadträtin Dr. Hein fragt nach Kriterien für das Losverfahren. Sie weist auf die Untersuchung von Besonderheiten und Rechtssicherheit beim Auswahlverfahren hin.

Stadtrat Lischka verweist auf die zu beachtenden Urteile vom Verwaltungsgericht Halle zu Kapazitätsfragen. Problematisch wird es für die Verwaltung und den Stadtrat werden, wenn es zu Klageverfahren kommen sollte.

Herr Dr. Koch hält fest, dass die Umsetzung des Modellversuchs per Stadtratsbeschluss beschlossen ist, jedoch auch justiziabel sein muss.

Stadtrat Schindehütte fragt hinsichtlich der Einschülerzahlen, welche hier herangezogen werden, die Zahlen per Einschulungstag?

Herr Schöppl, GS Annastraße, fragt wie entschieden wird, wenn die Kapazitätsgrenze erreicht ist.

Frau Behrens, GS Am Glacis, fügt an, dass die Schülerzahl ,28' ein Problem bei der Raumgröße an ihrem Standort ist.

Über diese Probleme, so Stadtrat Schindehütte, muss geredet werden.

Frau Strickrodt, GS Am Westring, bittet die Verwaltung, aktuelle Schülerzahlen zu übermitteln und eine Terminkette aufzustellen, aus der die Verfahrensweise hervorgeht.

Herr Sengstock, FDL im FB 40: Ein Abgleich wird bis Ende dieses Monats erfolgen. Er warnt aus bisherigen Erfahrungen jedoch davor, nur mit diesen Zahlen zu arbeiten und nennt als aktuelles Beispiel die GS Amsdorfstraße, wo durch Umzüge der Familien erhebliche Schwankungen bei angenommenen Schülerzahlen zu verzeichnen sind.

Stadtrat Lischka nimmt an, dass der statistische Ansatz im Bereich Stadtfeld aufgehen wird.

Herr Sengstock nennt die voraussichtlichen Einschülerzahlen der Stadtfelder Grundschulen für das Jahr 2014.

Auf die Frage des Stadtrates Lischka informiert Herr Sengstock, dass die unterschiedlichen Zahlen nicht ungewöhnlich und die Schwankungen nicht überraschend sind.

Der Ausschussvorsitzende merkt abschließend an, dass sich der Ausschuss BSS auch in Zukunft noch mit der Thematik ,Öffnung Schulbezirke' beschäftigen wird. Er bedankt sich bei den Grundschulleitern für die Teilnahme an der Ausschusssitzung.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN - Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen Vorlage: DS0488/11

Herr Dr. Gottschalk, Dez. V/02, bringt die Drucksache ein. Er berichtet über die Durchführung eines Workshops am 08.11.11 zum Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmenplan zur Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderung, an dem alle Dezernate und Eigenbetriebe der Stadt teilgenommen haben.

Der vorliegende Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmenplan ist der erste seiner Art und soll im April durch den Stadtrat beschlossen werden und mit dem Beschluss Grundlage für das kommunale Handeln sein. (Einen Landesaktionsplan gibt es bisher nicht.)

Der Projektgruppe, die den Aktions- und Maßnahmenplan erarbeitet hat, gehören neben Mitarbeitern der Stadtverwaltung verschiedene freie Träger und Betroffene an.

Der Ausschussvorsitzende gibt dem Behindertenbeauftragten der Stadt, Herrn Pischner, das Wort. Herr Pischner hat als Koordinator der AG Menschen mit Behinderungen maßgeblich am Entwurf des Aktions- und Maßnahmenplanes mitgewirkt.

Herr Pischner betont, dass in der Realität schon versucht wurde, Inhalte des Plans umzusetzen, die allerdings von der Verwaltung ohnehin umgesetzt werden sollen. Er verweist insbesondere auf die Anlage 2 der DS; in 8 Leitlinien wird der Rahmen des Aktions- und Maßnahmenplans aufgezeigt. Die Leitlinien beschreiben die einzelnen Maßnahmebereiche, wie Lebensstandard, Arbeit, Bildung, Wohnen und Infrastruktur, Kultur und Sport, Informationen, gesellschaftliche Teilhabe.

Fortschritte, so Herr Pischner, wurden bereits in der Familienpolitik, der Seniorenpolitik und in der Schaffung von Barrierefreiheit erreicht.

Der Behindertenbeauftragte bittet, den vorgelegten Maßnahmenplan als Richtschnur zu nehmen.

Stadträtin Dr. Hein begrüßt die Vorlage dieses Aktions- und Maßnahmenplanes. Hinsichtlich der Leitlinie ‚Bildung‘ fragt sie nach bedarfsgerechter Hilfe für Schüler und Voraussetzungen hierzu durch die Kommune.

Herr Dr. Gottschalk weist auf die Sozialgesetzgebung hin. Zur Frühförderung ist der Zugang zu Integration und Inklusion vorgesehen. Herr Pischner führt hier die Arbeit der Integrationshelfer an, z. B. aus dem freiwilligen sozialen Jahr. Die Durchführung und Umsetzung von Inklusion kann jedoch nicht nur auf kommunaler Ebene stattfinden, sondern muss verstärkt auch im Land und Bund eine Rolle spielen.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag DS 0488/11/1: **7 : 0 : 0**

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage DS0488/11: **7 : 0 : 0**

5.1.1. Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN - Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen
Vorlage: DS0488/11/1

- s. Punkt 5.1 !

6. Informationen

6.1. Berichterstattung zur Umsetzung Bildungs- und Teilhabepaket
Vorlage: I0029/12

Frau Borris, AL'n Amt 50, stellt die Informationsvorlage zum Bildungs- und Teilhabepaket vor. Stadtrat Lischka erkundigt sich, ob die Verwaltung für die Umsetzung der Aufgaben ausreichend personell ausgestattet ist. Mit Blick auf die Anspruchsberechtigten bestätigt Frau Borris eine ausreichende Mitarbeiterzahl.

Stadträtin Dr. Hein hat angesichts des aus der Informationsvorlage ersichtlichen Diagramms den Eindruck, dass die Entwicklung der Inanspruchnahme von Leistungen rückläufig ist. Nach Auskunft von Frau Borris ist die Zahl der beantragten Leistungen relativ stabil. Es gibt wenig Möglichkeiten der Zahlenerfassung über das Jobcenter. Sie wird die Frage zur Antragstellung mitnehmen und eine Übersicht an den Ausschuss BSS nachreichen. Stadträtin Biedermann möchte diese Übersicht auch als Information in die GWA mitnehmen.

Nachfragen und Resonanz zu Bildung und Teilhabe sind nach Auskunft von Frau Borris insgesamt nicht sehr hoch. Anspruchsmöglichkeiten könnten z. B. mehr in Schulen transportiert werden.

Stadtrat Heynemann fragt nach den Gründen der Nichtannahme von Leistungen, wie z. B. Mittagsversorgung. Frau Borris führt den hohen Verwaltungsaufwand für Eltern an; es muss jeweils erneut ein Antrag beim Jobcenter gestellt werden. Hier könnte über eine Vereinfachung nachgedacht werden.

Die Ausschussmitglieder nehmen die I0029/12 zur Kenntnis.

7. Anträge

- 7.1. Haushaltsplan 2012 - Haushaltssatzung 2012 - Ergebnis- und Finanzplan 2012 - mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2012 - 2015 - Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne 2012 - Stellenplan 2012
Vorlage: DS0455/11/34
-

Der Bg IV, Herr Dr. Koch, informiert den Ausschuss über eine stattgefundene Beratung zur Raumsituation der Schulen am Westring. Seit kurzem liegt ihm auch die zwischen den beteiligten Parteien abgestimmte Vereinbarung vor. Der Hortträger ist mit der Regelung (1 zusätzlicher separater Raum im 1. OG) einverstanden. Die verwaltungsseitige Unterschrift steht noch aus.

Stadtrat Meister legt dar, dass für die IGS mit Blick auf die höheren Klassen die Begrenzung auf eine 4-Zügigkeit problematisch werden kann.

Herr Dr. Koch sieht zu diesem Zeitpunkt und der zu klärenden Situation des Hortes keine vordringliche Notwendigkeit, über die 4-Zügigkeit und Kursstufe der IGS zu diskutieren und bittet die Beschlusslage zu beachten.

Herr Sengstock, FDL 40, fügt ergänzend an, dass die Klärung der Hortsituation mit der Absicherung der Kursstufe der IGS in keinem Zusammenhang steht.

Die Zusammenkunft am 6. März mit beiden Schulen, dem Hort und der Verwaltung (Herr Dr. Gottschalk, Herr Krüger, Herr Sengstock) hat ergeben, dass Lösungsansätze möglich sind, um die Raumsituation am Standort Westring zu entspannen.

Nach Meinung des Stadtrates Schindehütte hat sich der Antrag mit der aufgezeigten kurzfristigen Lösung erübrigt. Zum jetzigen Zeitpunkt könne ohnehin niemand sagen, wie viel und wo die Kinder angemeldet werden.

Die Schulleiterin der IGS „W. Brandt“, Frau Ullitzka, meldet sich zu Wort und teilt mit, dass bereits 186 Schüleranmeldungen vorliegen, wovon 32 eine gymnasiale Ausbildung wünschen, da als Ersatzwunsch ein Gymnasium angegeben wurde. Sie erläutert die einzelnen Jahrgangsstufen und legt dar, dass die getroffene Vereinbarung nicht auf lange Sicht das Raumproblem für die IGS lösen werde.

Stadträtin Dr. Hein unterstreicht, dass die Existenz der beiden IGS der Stadt grundsätzlich nicht in Frage gestellt werden soll. Der Ausschuss BSS müsse Veränderungen genau ansehen und verfolgen.

Frau Strickrodt, Schulleiterin der GS „Am Westring“, geht nochmals auf die Nutzungsvereinbarung ein. Nicht alle Beteiligten sind vollständig damit zufrieden; der Lösungsvorschlag werde jetzt umgesetzt, ab 2013/2014 jedoch sind neue Überlegungen anzustellen.

Herr Dr. Gottschalk, Dez. V/02, merkt an, dass die Beratung am 6. März mit den 3 Parteien in konstruktiver Atmosphäre stattfand. Er weist auf das Kinderfördergesetz hin.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, nach der verbindlich unterzeichneten Vereinbarung die Thematik in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen und danach abzustimmen. Stadtrat Meister (f. einbringende Fraktion) stimmt dem Vorschlag zu. Der ÄA DS0455/11/34 wird zurückgestellt.

7.1.1. Schulen am Westring
Vorlage: S0046/12

- zurückgestellt -

7.2. Jugend-Stadt(teil)plan
Vorlage: A0183/11

Aufgrund eines Folgetermins des Ausschussvorsitzenden, Stadtrat Lischka, übernimmt ab TOP 7.2 der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Stadtrat Schindehütte, die Leitung der Ausschusssitzung.

Ab TOP 7.2 sind noch 5 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Herr Domke, Amt 51, bringt die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag „Jugendstadt(teil)plan“ ein, der im Rahmen einer Sitzung „Jugend im Stadtrat“ gestellt wurde. Die Erstellung eines digitalen Jugendstadt(teil)planes, so wie der Einbringer des Antrages vorschlägt, würde für die Stadt eine fin. Ausgabe in Höhe von ca. 40.000 EUR bzw. die Jahresarbeitszeit einer Arbeitskraft bedeuten. Abgesehen davon sieht die Verwaltung sich an dieser Stelle auch mit Problemen des Datenschutzes konfrontiert.

Aus diesem Grunde schlägt das Amt 51 vor, bereits vorhandene Daten zu nutzen und den Interaktiven Stadtplan des LH MD mit Daten zu ergänzen, die für Kinder und Jugendliche relevant sind. Die Kosten für diese Datenbank, die über die KID angelegt werden könnte, würden sich auf ca. 1.000 EUR belaufen.

Herr Domke informiert über angestellte Vergleiche mit anderen Städten. Die Stadt Dresden hat z. B. einen solchen Plan für Kinder und Jugendliche in der Form erarbeitet, wie vom Amt 51 vorgeschlagen.

Stadtrat Hans spricht sich für den Ursprungsantrag aus. Allerdings erschließt sich ihm nicht, wieso die Erarbeitung der Stellungnahme dem Amt 51 obliegt, diese könnte evtl. auch im Bereich OB angesiedelt sein. Stadträtin Biedermann vertritt ebenfalls diese Auffassung. Herr Domke bestätigt eine aufwändige und ausführliche Recherche.

Stadtrat Schindehütte zeigt sich hinsichtlich des Inhaltes der Stellungnahme irritiert. Nach seiner Kenntnis habe die Freiwilligenagentur diesen Auftrag erhalten, hierfür sind auch fin. Mittel beantragt.

Stadtrat Schindehütte schlägt daher vor, die Behandlung des Antrages zurückzustellen, bis die Zuständigkeiten geklärt sind.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag – Zurückstellung des Antrages – zu.

7.2.1. Jugend-Stadt(teil)plan
Vorlage: S0031/12

- zurückgestellt -

8. Verschiedenes

Zum TOP – Verschiedenes – gibt es seitens der Ausschussmitglieder und der Verwaltung keine Nachfragen bzw. Mitteilungen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet gem. Plan am 17. April (16.30 Uhr, Hansesaal) statt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Burkhard Lischka
Vorsitzender

gez. Sylvia Grützner
Schriftführerin

gez. Gunter Schindehütte
stellv. Vorsitzender